

ATOMMÜLLENDLAGER SCHACHT KONRAD



JETZT Einwendungen erheben!

Eine entscheidende Phase des seit achteinhalb Jahren laufenden Planfeststellungsverfahrens für das geplante Atommüllendlager Schacht KONRAD bei Salzgitter-Bleckenstedt ist erreicht: die Planunterlagen liegen vom 16.5.1991 bis zum 15.7.1991 in Hannover und an verschiedenen Stellen in der Region (siehe S.4) öffentlich aus. Innerhalb dieser zwei Monate - und nur dann - haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Einwendungen gegen das Endlager-Projekt zu erheben. Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD ruft dazu auf, massenhaft davon Gebrauch zu machen.

Schacht KONRAD soll das weltweit erste "genehmigte" Endlager für Atommüll werden (das Endlager

Morsleben ist z.Zt. vorläufig stillgelegt, eine Wiederinbetriebnahme fraglich). 95 Prozent des radioaktiven Mülls, der in der Bundesrepublik anfällt, sollen in dem ehemaligen Erzbergwerk endgelagert werden. Trotz jahrelanger aufwendiger Untersuchungen konnte die Sicherheit des Schachtes nicht nachgewiesen werden. Mehr noch: Wenn KONRAD in Betrieb geht, wird durch den Abluftschornstein ständig Radioaktivität an die Umwelt abgegeben werden. Unfälle mit unabsehbaren Folgen bei der Einlagerung und dem Transport sind nicht auszuschließen. Durch die hohe Konzentration der Atommülltransporte in Südniedersachsen sind Unfälle auf Straßen und Schienen so gut wie vorprogrammiert. Die an den Transportstrecken im gesam-

ten Bundesgebiet wohnenden Menschen sind außerdem durch die auftretende Niedrigstrahlung gefährdet.

Schon seit 1981 diene Schacht KONRAD als "Entsorgungsnachweis" für den Bau und Betrieb von Atomanlagen. Die Aufnahmekapazität von Schacht KONRAD ist nicht nur dafür ausgelegt, den momentan vorhandenen Atommüll aufzunehmen, sondern für den in den nächsten Jahrzehnten anfallenden Atommüll, ab 1993 möglicherweise aus ganz Europa. Etwa 1993 werden alle Atommüll-Zwischenlager gefüllt sein. Mit einem Endlager KONRAD kann die unverantwortliche Atompoli-

itik fortgesetzt werden. Wenn KONRAD verhindert wird, wäre dies ein entscheidender Schritt in Richtung Ausstieg!

Alle Bürgerinnen und Bürger sind deshalb von dem weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens betroffen. Jede/r, der die beschriebenen Gefahren verhindern und den Ausstieg aus der Atomenergie erreichen will, sollte jetzt Einwendungen erheben. Damit kann das Verfahren zumindest verzögert werden und es wird demonstriert, daß die geplante Anlage politisch nicht durchsetzbar ist.

Dirk Fischer

Salzgitter:

So wie einmal der Atommüll aus allen Himmelsrichtungen nach Schacht KONRAD kommen soll, so soll sich der Protest gegen die Anlage am 25. Mai von möglichst vielen Orten aus auf den Schacht zubewegen. In Salzgitter-Bleckenstedt selber, wo seit Jahren ein Stein das "Ende aller Atommüllstraßen" markiert, sollen sich um 14.30 Uhr örtliche und überregionale Betroffenheit zu einer Kundgebung zusammenfinden.

Morsleben/Braunschweig: Kritikerinnen der Atomenergie wiesen im Zusammenhang mit der Bombardierung von Atomanlagen im Irak während des Golfkrieges darauf hin, daß es "keine friedliche Nutzung" der Atomenergie gäbe. Alle Atomanlagen seien "schlafende Atombomben". Die Endlager Morsleben und Asse II unterlagen, wie alle Atomanlagen, während des Golfkrieges einer erhöhten Sicherheitsstufe. Das Gleiche galt für den Forschungsreaktor der PTB in Braunschweig.

Salzgitter: Trotz der Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht eine eindeutig ablehnende Position gegenüber Schacht KONRAD einzunehmen, hat die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. jetzt in einem Offenen Brief von der Landesregierung gefordert. Sie soll sich durch den Ministerpräsidenten oder durch einen SPD-Minister auf der Kundgebung am 25.5. in Salzgitter-Bleckenstedt äußern, eine breite Informationskampagne gegen KONRAD durchführen, v.a. aber die lange angekündigte niedersächsische Atomenergiekommission endlich offiziell einrichten und mit den nötigen Mitteln und Kompetenzen für eine aktive Politik zum Ausstieg aus der Atomenergie ausstatten.

Salzgitter/Peine: Wie aus einer Gesprächsnotiz hervorgeht, die der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad zugespielt wurde, plant die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) bereits wesentliche Arbeiten in der Schachtanlage Konrad vor dem Planfeststellungsbeschluß durchzuführen. Damit soll die Zeit zwischen der Genehmigung und der Betriebsaufnahme drastisch verkürzt werden. "Wegen der möglichen brisanten Außenwirkung" wurden die Mitarbeiter aufgefordert, diese Vorgänge "besonders vertraulich zu behandeln."

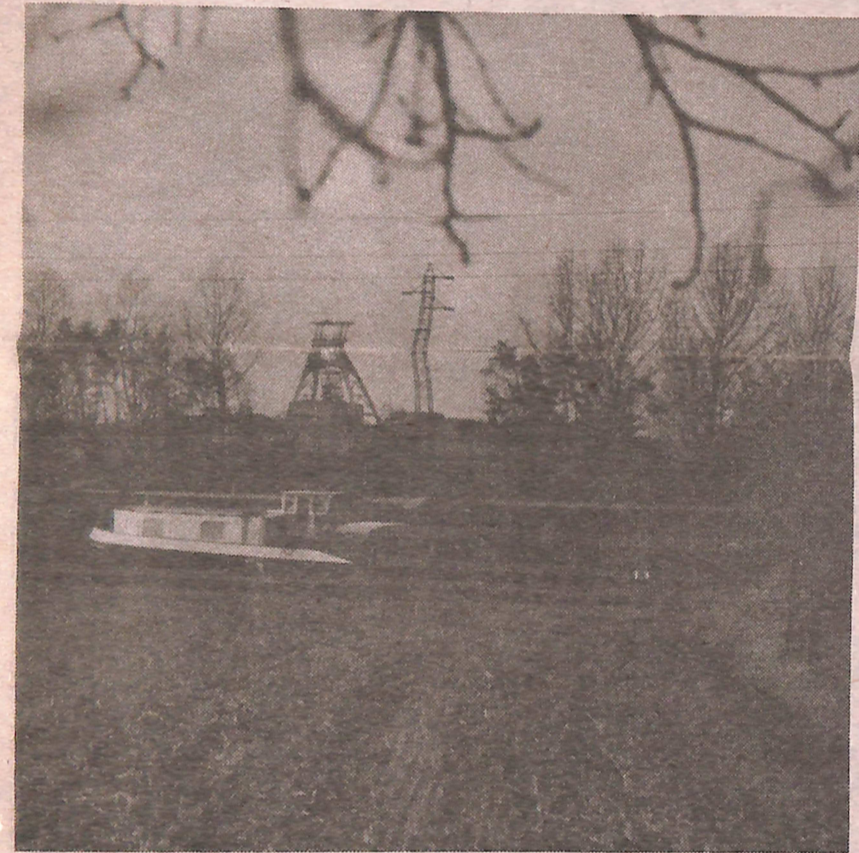
Verantwortung der Wissenschaftler - Verantwortung der Bürger

von Prof. Dr. rer. nat. Erika Hickel,
Vizepräsidentin der Technischen Universität Braunschweig

Wir haben uns alle daran gewöhnt, daß die Probleme der modernen Industriegesellschaft nicht vom lieben Gott, nicht von weisen Frauen und alten Männern gelöst werden, sondern von "Experten". Darüber haben wir vergessen, daß auch die naturwissenschaftlichen und technischen Experten nur Menschen mit beschränktem Horizont sind und daß sie den Bürgern die wichtigsten Entscheidungen nicht abnehmen können.

Naturwissenschaftler und Ingenieure urteilen als Experten immer nur im Rahmen ihrer Wissenschaft. Diese hat ein verpflichtendes Lehrgebäude von Lehrmeinungen und eine hierarchische Gliederung von Personen. Es gibt jene, die über Karrieren entscheiden und solche, die davon abhängig sind. Wer sich diesen "Wissenschaftssystem" entziehen will, bekommt schnell den Vorwurf zu hören, nicht dazu zu gehören, kein "anerkannter Wissenschaftler" zu sein.

Ehrlicherweise müssen Experten also den Bürgern mitteilen, daß sie allenfalls berechnen können, unter welchen Bedingungen z.B. Wasser aus dem Schacht Konrad oder der Asse in Kontakt mit der Ökosphäre treten kann, daß sie aber keinesfalls entscheiden können, ob Bürger/innen für sich und spätere Generationen in Kauf nehmen wollen, daß dies geschieht. Die Entscheidung, ob wir lieber auf jedem zweiten Dach einen Sonnenkollektor haben wollen (als eine von vielen Maßnahmen zu einem ökologisch verträglichen Verhalten) oder ob wir Atommüll weiterproduzieren und einlagern wollen, müssen Nicht-Experten treffen. Die Bürger/innen sollten das Selbstbewußtsein haben zu wissen, daß dies eine demokratische und erst in zweiter Linie eine naturwissenschaftliche Frage ist: in diesem Selbstbewußtsein sollte die Auslegungsfrist im Verfahren um Schacht Konrad genutzt werden!



Atommülltransporte durch die dichtbesiedelte Region:

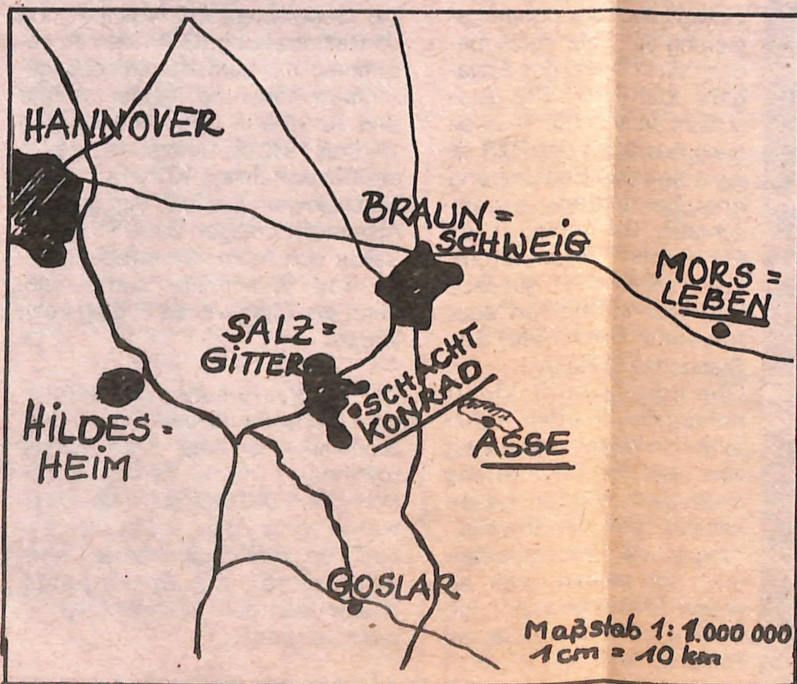
Tödliche Bedrohung für uns

Endstation: Salzgitter-Bleckenstedt. Ausgangsorte: die Wiederaufbereitungsanlage La Hague in Frankreich, Zwischenlager im gesamten Bundesgebiet, die Kernforschungsanlagen Jülich und Karlsruhe. Dazwischen hunderte von Kilometern mit Bahn und LKW, kleine Dörfer und Großstädte, Bahnübergänge und Ampeln. Kreuz und quer durch die Bundesrepublik werden sie rollen, Atommülltransporte mit Ziel Schacht KONRAD. 95% des atomaren Mülls sollen im Schacht KONRAD eingelagert werden, das bedeutet auch 95% aller Atommülltransporte durch eine dichtbesiedelte Region.

Die Bahn fährt immer...
Etwa 80% des Atommülls sollen mit der Bahn, der Rest mit LKWs transportiert werden. In der Anfangszeit rollen etwa 9 Waggons täglich durch die Region, angekoppelt an ganz normale Güterzüge. Auf dem Braunschweiger Güterbahnhof stellen Mitarbeiter der Bahn diese dann zu reinen Atommüllzügen zusammen. Es steht zu erwarten, daß der Braunschweiger Güterbahnhof zum größten Umschlagplatz für Atommüll wird. Die genaue Zusammensetzung des transportierten Mülls ist in der Regel nicht bekannt, gemessen wird die Außenstrahlung am Behälter und die

variiert je nach Dickwandigkeit der Verpackung: ein Stahlblechcontainer läßt mehr Strahlung durch als in Beton eingegossener Atommüll. Auch in ordnungsgemäßen Zustand geben die Transportbehälter also radioaktive Strahlung ab, die teilweise unter der meßbaren Grenze liegt. Betroffen sind insbesondere die Transportarbeiter: in einer Studie, erstellt im Auftrag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands wird auf die hohe Strahlenbelastung des Bahnpersonals hingewiesen. Obwohl diese täglich mit den Atommüllwaggons hantieren, gelten sie nicht als "beruflich strahlenexponierte" Personen.

Fortsetzung: S.3



INHALT:

Seite 2:
Wohin mit dem Atommüll?
Guter Rat ist teuer - Wir zahlen die Zeche
Wer will KONRAD?
Auf der Suche nach einem Endlager
Seite 3:
Endlager Morsleben:
Vorläufig Stillgelegt
Atommülltransporte (Fortsetzung)
Sammleinwendung gegen das Endlager Schacht KONRAD
Seite 4:
Auf ein Wort zu Schacht KONRAD
Wie läuft das mit Einwendungen?
Adressen und Hinweise zur Auslegung

Wohin mit dem Atommüll?

Guter Rat ist teuer - KONRAD ist zu billig - Wir bezahlen die Zeche



Gottesdienst am Schacht

Natürlich drängt die Frage "Wohin mit dem Atommüll, der schon da ist?" Wo über Jahrzehnte eine Atomenergie-wirtschaft betrieben wurde, die keine verantwortbare Lösung für die Atom-müllbeseitigung mit einschloß, da sollen wohl irgendwann Sachzwänge auftreten! Jetzt ist es soweit - Handeln ist angesagt.

Nur darf die Frage nicht lauten "Wohin damit?" - und alles läuft auf Schacht KONRAD zu - und schon gar nicht darf die an diejenigen weitergegeben werden, die sich gegen eine Endlager Schacht KONRAD wehren. Auch wir können die fertigen Lösungen nicht anbieten. Aber es sind auch nicht wir, die Forschungsaufträge verteilen, Subventionen gewähren, Wissenschaftler bezahlen. Nur eins ist klar: wenn nur annähernd mit soviel finanziellen Mitteln und geistiger Potenz an die Atommüllbeseitigung herangegangen würde, wie (immer noch) in den Atomenergiekreislauf investiert wird, dann wären wir auf dem Weg, die Folgen einer der gefährlichsten Technologien überhaupt zu beseitigen, schon ein gutes Stück weiter.

Natürlich kostet das viel Geld. Aber: mit der Atomenergie werden auch Unsummen Geld verdient. An Steuergeldern sind ca. 22 Milliarden DM hineingesteckt worden.

Schacht KONRAD ist die gefährlich billige Antwort auf den Entsorgungs-Notstand. Er wurde nicht als ideales Endlager aus mehreren Möglichkeiten ausgesucht, sondern bot sich nach der Stilllegung des Erzabbaus an. Nachdem Gorleben gescheitert war, hieß die Problemstellung: die Eignung von Schacht KONRAD als Endlager muß nachgewiesen werden.

Viele Gefahren für die hier lebende Bevölkerung werden in unverantwortlicher Weise heruntergespielt, bzw. -gerechnet. Der Gipfel der Ignoranz ist aber im Konzept selbst zu sehen: der Atommüll wird nicht rückholbar eingelagert. Damit wird eine Technologie angewandt, die keine Korrektur mehr zuläßt. Keine Forschung, keine Erfindung, keine neuen Erkenntnisse, z.B. in bezug auf andere Entsorgungsformen, können sich je mit dem Inhalt von Schacht KONRAD befassen. Was ist das für ein Wissenschaftsverständnis, in dem die Zukunft keinen Platz mehr hat?!

Wenn von der Bevölkerung ein annähernde Akzeptanz für eine Langzeit-Lagerstätte erwartet werden soll, dann müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

- Einlagerung rückholbar, wo immer sie geschieht
 - Untersuchung der grundsätzlich sichersten Lagermöglichkeit, ohne Ortsanbindung
 - Paritätische Beteiligung von unabhängigen Fachleuten an allen Untersuchungen
 - Beteiligung der Bevölkerung (Bürgerinitiativen) an jeder Phase des Verfahrens
 - Umweltverträglichkeitsprüfung nach EG-Richtlinien
 - Beweislast bei Schäden beim Betreiber, nicht beim Geschädigten
 - Einbeziehung der Atommüll-Transporte in die Planunterlagen, desgleichen soziale, arbeitsmarktpolitische und strukturelle Auswirkungen auf die Region
 - Überwachung der Betriebs- und Nachbetriebsphase durch betriebsunabhängige Einrichtungen. Weitere Anforderungen sind denkbar.
- Eines sollte unmißverständlich klar sein: die Akzeptanz, in welchem Maße auch immer, für irgendwelche Entsorgungsformen oder auch Endlagerstätten steht und fällt mit dem Atomenergie-Konzept überhaupt. Und da kann es nur heißen: ERST ABSCHALTEN - DANN ENDLAGERN!

mfr

Auf der Suche nach einem Endlager

Es ist unglaublich, 30 Jahre nach Beginn der Atomenergienutzung sind die Betreiber immer noch auf der Suche nach einem Ort, wo der zwangsläufig anfallende Atommüll endgelagert werden kann.

Der Gesetzgeber behandelt die Industrie großzügig: Erst ab 1979 wurde der Betrieb von Atomanlagen an die Entsorgung gekoppelt: "Fortschritte bei den Entsorgungsprojekten" sollten für den Betrieb von Atomanlagen genügen! Eine lächerlich wirkende Bedingung angesichts der Bedrohung durch die sich häufenden Atommüllmengen.

Die Bundesrepublik hat von Anfang an auf Salz als Einlagerungsmedium gesetzt, obwohl andere Staaten dies für ungeeignet halten. Von 1967 bis '78 wurde sämtlicher "schwach- und mittlerradioaktiver" Abfall in das ehe-

malige Salzbergwerk ASSE II bei Wolfenbüttel gekippt; nur "zu Versuchszwecken", wie es anfangs hieß. Doch der Müll lagert hier für die Ewigkeit. Dieser "Versuch" mußte 1978 gestoppt werden, da das 1976 in Kraft getretene neue Atomgesetz für ein Endlager ein Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung vorschreibt.

Ab 1977 setzte die damalige Bundesregierung auf Gorleben und Schacht KONRAD: Gorleben als Universallager, KONRAD für Abfälle aus Medizin und Forschung und Abrießteile von AKW's. Doch je schlechter die Bohrergebnisse im Gorlebener Salstock ausfielen, desto mehr Atommüll wurde für KONRAD vorgesehen. Heute sind es - nach der neuen Kategorisierung der PTB - 95% des gesamten Atommülls, die nach dem Willen der Betreiber in KONRAD verschwinden sollen.

Obwohl doch die Bundesregierung auf Salz setzt, bedient sie sich jetzt des Erzlagers KONRAD. Die Erzschiebt an sich hat - auch nach Aussagen der PTB - nicht die für die Endlagerung entscheidenden Eigenschaften. Die geologischen Formationen "drumherum" sollen angeblich so gut sein. Wichtiger erscheinen aber folgende Merkmale des Standortes KONRAD: Oberirdisch muß (fast) nichts gebaut werden, mithin muß kein Wald gerodet werden (was die Bevölkerung mißtrauisch werden lassen könnte). Und die Bevölkerung gilt als "industrieeifriger"; soll heißen: Wer eh schon Dreck gewohnt ist, wird auch noch weiteren Dreck schlucken.

Atommüll-Fässer in der Asse

cs



Menschenkette 1987

Wer will KONRAD?

Durch das Atomgesetz hat sich die Bundesregierung verpflichtet, Anlagen für die Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle einzurichten. Diese Aufgabe nahm in den Jahren 1978 - 1989 die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig wahr, ab dem 1.11.1989 das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit Sitz in Salzgitter. Das BfS bedient sich bei der Einrichtung der Endlager der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE).

Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) betrieb zusammen mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe (beide Institute sind zu 90% in Bundesbesitz) von 1976 bis 1982 die Untersuchungen in der Schachtanlage KONRAD. 1982 bescheinigten sie die Eignung als Atommüll-Endlager. Die GSF ist Betreiber des Atommüllendlagers ASSE II bei Wolfenbüttel und betreibt dort Forschung für die Endlagerung in Salz.

Die Energieversorgungsunternehmen brauchen für den Betrieb ihrer Atomkraftwerke einen Entsorgungsnachweis (nach Atomgesetz). Schacht KONRAD steht beispielsweise bereits für die Atomkraftwerke Grohnde und Brokdorf (beide Preussen-Elektra) als Entsorgungsnachweis in den Teilerrichtungs-genehmigungen.

Die Salzgitter Maschinen und Anla-

gen GmbH (SMAG) soll den Schacht KONRAD 2 zum Einlagerungsschacht umbauen (Auftragsvolumen etwa 50 Millionen DM). Die Noell GmbH ist ebenfalls im Geschäft mit der Entsorgung beteiligt (Abriß des Atomkraftwerk Niederaichbach). Beide Firmen sind 100%ige Töchter der ehemals bundeseigenen Salzgitter AG, jetzt Preussag-AG. Das Gefüge der an KONRAD als Endlager interessierten Institute und Firmen verdichtet sich zu einem undurchdringlichen Filz.

Seit 1957 gibt es staatlich gelenkte Atomenergieprogramme, die alle Bereiche der Atomenergie durch Steuer-mittel gefördert und entwickelt haben. Die enge Verflechtung von Staat und Energiekonzernen sichert den jederzeitigen Zugriff auf spaltbares Material - auch für militärische Zwecke. Staatliche Stellen setzen Strahlen-Grenzwerte fest, beschließen Kriterien für Reaktorsicherheit und sind gleichzeitig Antragsteller, Gutachter und Genehmigungsbehörde für Atomanlagen. Dies sorgte in der Vergangenheit für Kritik. Eine Lösung für dies Problem - die Privatisierung der Endlager - würde zum einen die Bundesregierung aus der Schußlinie bringen.

Europa wartet auf Schacht KONRAD!

Lagerkapazitäten für Atommüll sind in allen Ländern knapp, Endlager-

stätten weltweit praktisch nicht vorhanden. Zwar hat die Bundesregierung erklärt, die sog. Entsorgung müsse auch zukünftig national geregelt werden. Experten gehen indes davon aus, daß jedes nach nationalem Recht genehmigte Endlager angesichts der bevorstehenden Einführung des EG-Binnenmarktes Anfang 1992 automatisch zum EG-Endlager wird. EG-Recht bricht nämlich nationales Recht und besagt: Der freie Warenverkehr darf nicht behindert werden. Und dies gilt auch für Atommüll. So Prof. Dr. Lukes von der Universität Münster auf der Jahrestagung Kerntechnik im Mai 1990 in Nürnberg: Nationale Genehmigungen dürfen keine Anforderungen stellen, die über den europäischen Grundnormen zur radioaktiven Sicherheit liegen und keine Standards festsetzen, die von inländischen Firmen ohne weiteres, von ausländischen Firmen aber nicht erfüllt werden können.

Das für KONRAD beantragte Hohlraumvolumen von 650.000 m³ faßt zudem weitaus mehr Atommüll, als in der BRD auf lange Sicht produziert wird. Je mehr europäischer Müll eingelagert wird, umso billiger wird die Endlagerung für die deutschen Atommüllproduzenten. Umsomehr Atommülltransporte werden aber auch Europa durchziehen und umso unkontrollierbarer wird auch, was letztendlich in KONRAD eingelagert werden wird.

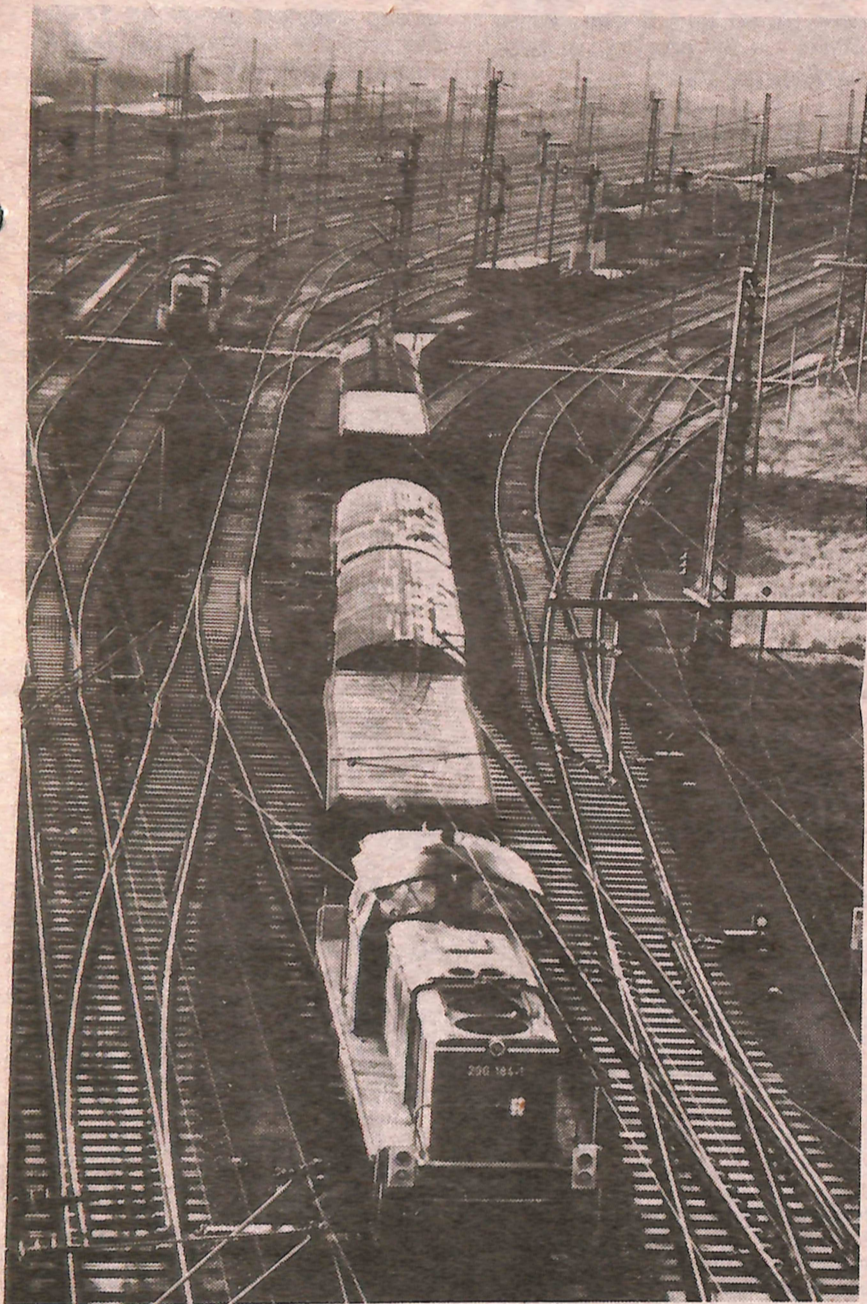
ulk

Endlager Morsleben:

Vorläufig stillgelegt

Ganz gezielt hat die Bundesregierung das Atommüll-Endlager Morsleben der ehemaligen DDR (ein ehemaliges Salzbergwerk 7 km östlich von Helmstedt) in die Einheit "gerettet". Mit einer Änderung des Atomgesetzes wurde Morsleben ein "Bestandsschutz" bis in das Jahr 2000 gegeben, so daß auch nach der Vereinigung dort weiter eingelagert wurde. Eine vom Atomgesetz vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung soll damit bis zum Jahr 2000 vermieden werden. Mit der Entscheidung vom 25.2.1991 hat das Bezirksgericht Magdeburg der Helmstedter Rechtsanwältin Claudia Fittkow Rechtsschutz gewährt, und die Einlagerung in Morsleben "bis zur Entscheidung in der Hauptsache" vorläufig und unanfechtbar gestoppt.

Diese mutige Entscheidung des Gerichts hat die Planungen der Bundesregierung erstmalig durchkreuzt. Sie will Morsleben auch für die Einlagerung von "West-Atommüll" öffnen und sogar über das Jahr 2000 hinaus betreiben. Sie stützt sich dabei auf eine Überprüfung der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), die dem Endlager zwar Mängel aber "keine akute Gefährdung" bescheinigt. Nach offiziellen Angaben könnten in Morsleben (nur) 60% der Art der Abfälle endgelagert werden, die für KONRAD vorgesehen sind. Die Bundesregierung will Morsleben offenbar nicht als Ersatz für KONRAD, sondern als Ergänzung: Morsleben für eine untere, KONRAD für eine mittlere und Gorleben für eine hohe Kategorie der atomaren Abfälle.



Hauptgüterbahnhof Braunschweig

Fortsetzung:

Atommülltransporte: Tödliche Bedrohung für uns

Der Rest vom Risiko für uns

"Die Beförderung radioaktiver Abfälle auf öffentlichen ... Verkehrswegen (Bahn/Straße) ist im allgemeinen mit - wenn auch meist geringen - radiologischen Auswirkungen/Risiken für die Bevölkerung verbunden", so die bisherige Stellungnahme der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) zu den Transportrisiken. Das Risiko ist gering, so will man uns glauben machen, so gering, wie das eines Unfalls. Und doch...

North Dakota, USA, am 27.8.1985 kollidiert ein Zug mit einem LKW, der 53 Fässer Urankonzentrat geladen hat. Die Uranbehälter platzen und eine 360qkm große Fläche wird verseucht.

Empelde bei Hannover, am 20.3.85. Zusammenstoß eines Kohlenzuges mit einem Tankzug. Das Gemisch

explodiert, es brennt mehrere Stunden. Nur wenige Wochen zuvor berechnete eine Studie des Bundesforschungsministeriums zu Nukleartransporten die Wahrscheinlichkeit eines solchen Unfalls mit Null. Unfälle beim Transport sind nicht zu vermeiden, zu diesem Ergebnis kommt auch die Gruppe Ökologie in Gutachten für die Stadt Nürnberg und die Gemeinde Vechelde. So liegt die Wahrscheinlichkeit für einen Transportunfall mit radioaktiver Freisetzung auf der Strecke Wackersdorf-Schacht KONRAD bei einem Unfall in 33 Jahren. Für das kleine Gebiet der Gemeinde Vechelde liegt das Risiko bei einem Unfall mit radioaktivem Austritt in 142 Jahren. Solche Berechnungen sagen uns in erster Linie eines: Unfälle werden passieren. Neben anderen Faktoren darf

Die Bundesregierung hat beim Standort Morsleben - ähnlich wie bei Schacht KONRAD - auf geringen Widerstand spekuliert. Tatsächlich gab es bis zum Sommer 1990 weder fundierte Kritik (mangels ausreichender Informationen) noch Initiativen vor Ort. Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD hat sich erfolgreich bemüht, den Protest auf allen

Kurz-Chronik SCHACHT KONRAD

- 1976 Die GSF beginnt mit Untersuchungen für Atommüll-Endlagerung. Es soll nur schwach-aktiver Müll vorwiegend aus Krankenhäusern eingelagert werden.
- 1981 KONRAD erscheint das erste Mal als "Entsorgungsnachweis" in einer "Teilerrichtungs-Genehmigung" für eine Atomanlage/AKW Grafenrheinfeld. Nun soll auch mittel-aktiver Müll eingelagert werden.
- 1985 PTB definiert Atommüll-Kategorien neu: jetzt gilt das Kriterium "nicht nennenswert wärmeentwickelnd". Ergebnis: 95% des bundesdeutschen Atommülls könnten nach KONRAD.
- 1991 Die öffentliche Auslegung der Pläne beginnt am 16.5.

auch die Möglichkeit "menschlichen Versagens" nicht ausgeschlossen werden. Ein Unfall in 10.000 Reaktorbetriebsjahren - so die Wahrscheinlichkeitsrechnung für das Atomkraftwerk von Tschernobyl - kann schon morgen passieren, auch daß eine Erfahrung mit dem "geringen Restrisiko".

Bisher weigert sich das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Antragsteller für das geplante Endlager Schacht Konrad, Fragen des Transportes mit in die Planunterlagen aufzunehmen. Dies sehen die Gemeinde Vechelde und die Stadt Braunschweig anders: Sie befürchten besondere Belastungen für die Bevölkerung durch die Atomtransporte - mit Recht. Selbst die atomfreundliche GRS kommt in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, daß AnwohnerInnen des Braunschweiger Güterbahnhofes mit einer jährlichen Ganzkörperdosis von 40 Millirem radioaktiver Strahlung zu rechnen haben. Zugführer und Rangierer können Belastungen bis zu 130 Millirem ausgesetzt sein. Der vorgeschriebene Grenzwert von 30 Millirem für Anwohner von Atomanlagen soll für Braunschweig anscheinend außer Kraft gesetzt werden. "Ein Atomkraftwerk mit diesem Wert wäre nicht genehmigungsfähig", so Wolfgang Neumann von der "Gruppe Ökologie" Hannover (GÖK). Die GÖK geht sogar von einer noch höheren Belastung aus, denn geplant ist der Zweischichtbetrieb für die Einlagerung, nicht nur eine Schicht pro Tag, wie von der GRS zugrunde gelegt.

Auf die von Minister Töpfer angekündigte Studie zu den Risiken eines Transportunfalls warten die betroffenen Gemeinden bisher vergeblich.

dk



Morsleben Demo 9.3.91

Ebenen anzuschließen; nicht zuletzt aus eigener Betroffenheit. Der Antransport von "Westatommüll" nach Morsleben würde die Region ebenso belasten, wie die geplanten Transporte zum Schacht KONRAD. Im November 1990 gründete sich die "Initiative gegen das Atommüllager Morsleben" mit Bürger/innen aus "Ost und West". Im Zusammenhang mit der Klage der Rechtsanwältin Claudia Fittkow gründete sich eine Kläger/innengruppe.

Eine von der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD - in Zusammenarbeit mit der neugegründeten Initiative - bei der Gruppe Ökologie Hannover in Auftrag gegebene "Schwachstelle-

analyse" (siehe Materialliste) kam zu dem Ergebnis, daß das Endlager Morsleben bei allen wesentlichen geologischen Befunden - selbst nach offiziellen Kriterien - schlecht abschneidet. So mißt die "Salzschwabe" (Deckschicht über den Hohlräumen) - nicht wie in den alten Bundesländern gefordert 300-400m - stets unter 100m, an einer Stelle nur ca. 35m. Genau an dieser Stelle gibt es eine Tropfstelle, bei der man die Herkunft des Wassers nicht genau bestimmen kann. Als Konsequenz wird einfach die Sicherheitsphilosophie geändert: Statt Sicherheitsbarrieren heißt es jetzt: "Keine akute Gefährdung". So einfach ist das, wenn ein Endlager durchgesetzt werden soll.

C.S.

Einwendung gegen das Atommüllendlager "Schacht Konrad"

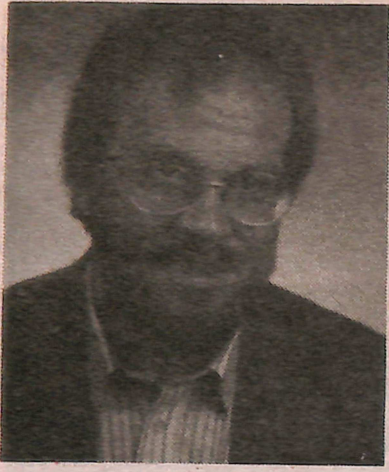
Durch das geplante Atommüllendlager in der ehemaligen Eisenerzgrube "Schacht Konrad" werde ich in meinen Grundrechten, insbesondere meinen Rechten auf Leben, Gesundheit und Eigentum verletzt. Ich erhebe folgende Einwendungen gegen die Errichtung des geplanten Endlagers:

1. Es ist grundsätzlich nicht nachweisbar, daß ein unterirdisches Atommüllendlager die Radioaktivität seiner Abfälle, die zum Teil 100.000 Jahre strahlen (z.B. Plutonium), für alle Zeiten vom Lebensraum der Pflanzen, Tiere und Menschen fernhalten kann.
2. Beim Normalbetrieb wird die Umgebung der Anlage durch radioaktive Abluft und Abwasser stetig belastet. Gesundheitsgefährdung durch Niedrigstrahlung besteht nach gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen auch unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte.
3. Das Sicherheitskonzept ist unvollständig. Es fehlen
 - a) Untersuchungen über das Transportrisiko für die Umgebung des Endlagers
 - b) Untersuchungen über das Zusammenwirken der bereits vorhandenen Schadstoffbelastungen mit den durch das Endlager neu hinzukommenden radioaktiven Belastungen.
 - c) Umweltverträglichkeitsprüfung
 - d) Katastrophenschutzpläne
 - e) Der Nachweis der Langzeitsicherheit
 - f) Die im Plan beschriebenen Unfall- und Störfallszenarien sind unvollständig. Die oberirdischen Bauwerke sind gegen Stör- und Unfälle, sowie gegen Einwirkungen von außen nicht genügend gesichert.
4. Die Annahmen im Sicherheitsbericht sind wertlos, weil eine dafür erforderliche lückenlose Produktkontrolle insbesondere unter europäischer Nutzung nicht möglich ist.
5. Das Ansehen und damit die wirtschaftliche Zukunft der Region werden durch Müllverbrennung, Pyrolyse, durch das Atommüllendlager "Asse II" und zahlreicher anderer schadstoffzeugender Industrieanlagen mit der Inbetriebnahme von Schacht Konrad weiter belastet.
6. Sachzwänge wie zum Beispiel das Ausweisen von Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis lassen eine unbefangene Antragsprüfung nicht zu.

Vorname, Name	vollständige Anschrift	Unterschrift

Bitte bis spätestens 10.07.91 einsenden an: Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, Bleckenstedter Str. 24, 3320 Salzgitter 1 zur Weiterleitung an das Niedersächsische Umweltministerium.

Auf ein Wort zu Schacht KONRAD



Hans Albert Gunk (Dominikaner/ Pax Christi), Braunschweig
Warum protestieren Sie als katholischer Geistlicher gegen das Endlager Schacht Konrad?

Für uns als Christen ist eine Unvorstellbarkeit, daß man hier, wie die PTB das ja verspricht, atomaren strahlenden Müll 300.000 Jahre und mehr endlagern kann. Das ist für uns die alte Ursünde des Menschen, der nicht begreift, daß er Grenzen hat und begrenzt ist, und das eben nicht einsehen will.

Betrifft die Kirche da nicht ein Feld, das sie besser den politischen Parteien überlassen wollte?

Christen glauben ja, daß die ganze Welt Gottes Welt ist und insofern gibt es keine Räume in dieser Welt, die mit Gott, die mit dem Evangelium nichts zu tun haben. Insofern denke ich, ist es Auftrag der Kirche, sich hier Gedanken zu machen, hier auch Gottes Recht zu bewahren und seine Schöpfung einzuklagen. Es gibt keine unpolitischen Räume. Wenn Kirche schweigt zu dem, was in der Welt vor sich geht, dann hat sie auch ihren Anteil, und sie wird mitschuldig an dem, was daraus wird.

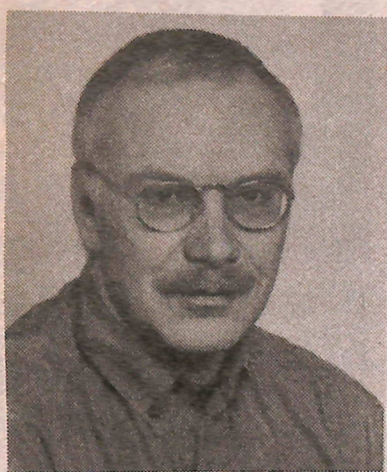


Volker Naujok, Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)
Wie steht die GdED zu den Gefahren von Atommülltransporten?

"Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands hat sich bereits auf ihrem Gewerkschaftstag im Oktober 1988 für einen Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen. Solange jedoch noch Nukleartransporte stattfinden, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die größtmögliche Sicherheit für die betroffenen Kollegen zu gewährleisten.

Welche Belastungen fürchten Sie für die Beschäftigten der Bahn bei Inbetriebnahme des Endlagers?

"Nachdem die GdED ein Gutachten beim Ökoinstitut Darmstadt hat erstellen lassen, sind wir zu der Auffassung gekommen, daß Mitarbeiter der Bahn, die mit radioaktiven Abfällen zu tun haben, als beruflich Strahlenexponierte anzusehen sind. Von daher treten wir für die Kennzeichnung von Transporten und Bahnhöfen ein, auch die ärztliche Überwachung der Kollegen halten wir für unbedingt notwendig. In diesem Sinne versuchen wir auch die betroffenen Kollegen zu informieren."



Kort Bocherding, Anwohner des Hauptgüterbahnhofs Braunschweig
Was empfinden Sie bei dem Gedanken, daß der Transportweg hinter Ihrem Haus entlangführt?

"Wir verfolgen den Atommülltourismus in Europa, soweit es durch die Medien an die Öffentlichkeit gelangte, mit großer Sorge. Illegale Lagerung, falsche Deklaration, stets aber Profit sind die Begleiterscheinungen. Da wundert sich niemand, daß der Bevölkerung zugemutet wird, Art, Umstände und Wege des Atommülltransportes aus dem Planfeststellungsverfahren für Schacht Konrad auszuklammern. Der Gedanke, daß die Probleme des Transportes sich im Raum Braunschweig zu Hunderten von Tonnen täglich verdichten, ist mir ebenso unerträglich wie der Gedanke, daß der Bahnhof Braunschweig zum ständigen Aufenthaltsort für Atommüll en masse wird."

Ist dies Risiko nicht durch die Nutzung der Kernenergie vertretbar?

"Alle, die diesen Beteuerungen vertrauen, sollten zwei Fragen stellen: Wer (als Person) trägt diese Verantwortung? und zweitens: Wie (konkret) trägt er diese Verantwortung? Beide Fragen sind meines Wissens nicht auch nur andeutungsweise beantwortet worden."



Karin Traube, Landwirtin, Salzgitter-Bleckenstedt
Warum sind Sie und Ihr Ehemann gegen ein Atommüllendlager Schacht KONRAD?

Wir haben einen reinen Ackerbaubetrieb. Die Existenzgrundlage für uns und unsere Kinder und Enkel ist unser Grund und Boden. Wenn KONRAD in Betrieb ginge, ist diese Grundlage gefährdet.

Was befürchten Sie konkret?

Es würde z.B. ständig radioaktive Abluft aus dem Diffusor von KONRAD kommen, die zusammen mit den Schadstoffen der Hüttenwerke unseren Boden belastet. Selbst wenn kein Unfall passieren sollte, würden 40 Jahre Niedrigstrahlung unsere Gesundheit und die unserer Kinder gefährden.

Welche Erfahrungen haben Sie während Ihres über 10-jährigen Engagements gemacht?

Die Betreiber haben die Probleme verharmlost und sind kontroversen Diskussionen mit von uns benannten Fachleuten ausgewichen. Wissenschaftler, die unsere Befürchtungen bestätigen, werden einfach ignoriert. Man hält uns offenbar für infantile Bürger.



Christel Kellner-Wedler, Apotheke rin aus Vechelde
Warum lehnen Sie Schacht Konrad als Atommüllendlager ab?

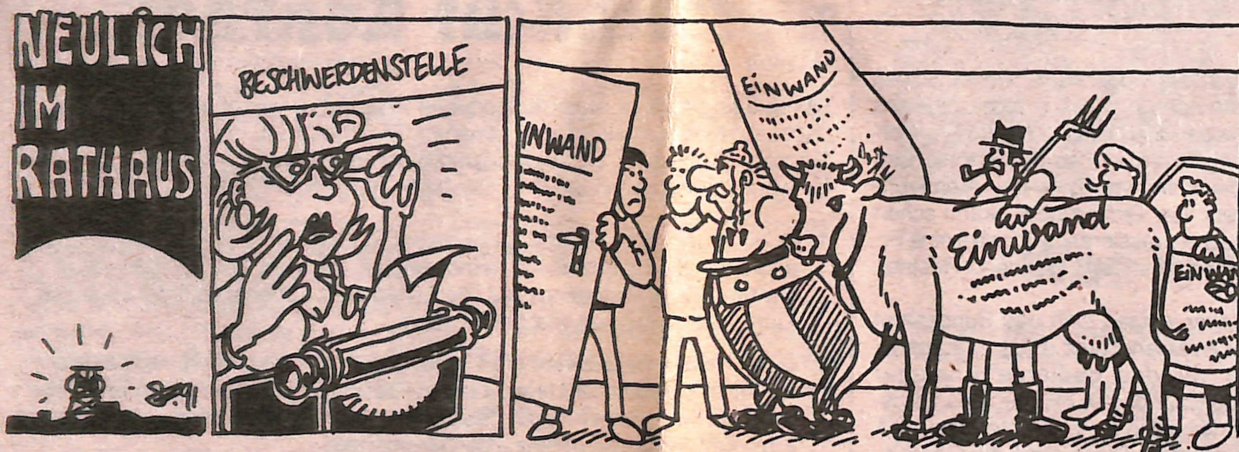
"Da gibt es eine ganze Menge Gründe! Einen wesentlichen sehe ich in der unzumutbaren radioaktiven Belastung und Gefährdung der Bevölkerung. Dies gilt sowohl für die Betriebszeit von Konrad, für die Atommülltransporte und auch für nicht auszuschließende Unfälle."

Was macht Sie in bezug auf Schacht Konrad am ärgerlichsten?

"Als Apothekerin weiß ich, wie machtlos wir jeder Art von Strahlung gegenüberstehen. Betroffen macht mich der leichtfertige Umgang mit der radioaktiven Gefahr. Insbesondere stört mich, und das sage ich auch als Mutter, daß der gesamte Atommüll nicht rückholbar eingelagert werden soll. Es ist mir unverständlich, wie jemand heute die Verantwortung dafür übernehmen kann, uns und den folgenden Generationen diese strahlende Zeitbombe zu hinterlassen."

Ergibt sich daraus auch Ihre Einstellung zu Schacht Konrad?

"Genau! Ich möchte mir später nicht von meinen Kindern oder jemand anderem den Vorwurf gefallen lassen, einer drohenden Gefahr gegenüber nichts getan zu haben."



Wie läuft das mit den "Einwendungen"?

Der Zeitraum der Auslegung beträgt zwei Monate, dauert also vom 16.5. bis zum 15.7.91 Dann — und nur dann — können alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von der Entfernung zum geplanten Atommüll-Endlager (z.B. auch aus dem Ausland) Einwendungen erheben. Wer später gegen ein Atommüll-Endlager SCHACHT KONRAD und evtl. daraus entstandenen Schäden klagen will, muß in diesem Zeitraum eine Einwendung erheben.

Eine Einwendung muß schriftlich erfolgen (z.B. auch zur Niederschrift). Es besteht die Möglichkeit, individuelle Einwände zu formulieren oder sich per Unterschrift der Sammeleinwendung (siehe Beilage) anzuschließen. Eine individuelle Einwendung muß nicht wissenschaftlich begründet werden, sollte aber die persönliche Betroffenheit schildern.

Es ist rechtlich möglich und auch sinnvoll, daß eine Person mehrere Einwendungen (z.B. Sammel- und Einzelseinwendung) unterschreibt, wenn diese

verschiedene Gründe enthält. Für die Gesamtwirkung im Verfahren ist es für uns wünschenswert, wenn neben der zahlreichen Unterstützung der Sammeleinwendung auch viele individuelle Einwendungen formuliert werden.

Weder die individuelle Form der Einwendung, noch die Unterschrift unter die Sammeleinwendung sind mit einem Kostenrisiko verbunden. Das Verfahren ist kostenfrei.

In den einzelnen Orten werden von Bürgerinitiativen und Parteien Beratungsstellen für Bürger eingerichtet. Die genauen Adressen und Öffnungszeiten sind unter den angegebenen Kontaktadressen zu erfragen.

Sammeleinwendungen und Kopien von Einzelseinwendungen bitte an: Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD, Bleckenstedter Str. 24, 3320 Salzgitter 1. Tel.: 0 53 41-6 74 92 (Mo-Fr 14-18). Dort gibt es auch weitere Informationen und Beratung.

Auslegungsorte

- Hannover: Nds. Umweltministerium, Archivstr. 2
- Salzgitter-Lebenstedt: Nebengebäude der Stadtverwaltung, Chemnitzstr. 38
- Salzgitter-Bad: Städt. Verwaltungsstelle, Marktplatz 11
- Braunschweig: Bezirksregierung, Bohlweg 38
- Peine: Landkreisverwaltung, Burgstr. 1

Termine

16.5. 19.30 Uhr
Bürgerversammlung der Gemeinde Vechelde mit Rechtsanwalt Piontek (Hamburg) und einem Vertreter der Gruppe Ökologie (Hannover), Bürgerzentrum

20.5. 14.00 Uhr
Gottesdienst am Schacht KONRAD

25.5. 14.30 Uhr
Kundgebung in Salzgitter-Bleckenstedt (mit Infoständen und Kulturprogramm)

1.6. 9.00-17.00 Uhr
"KONRAD-Unterlagen auf dem Prüfstand" — Seminar mit ExpertInnen im Haus Kirchlicher Dienste, BS-Riddags-hausen (Anmeldung bei der AG Schacht KONRAD erbeten)

15.6. 14.00
Bundesweites Treffen (bis 16.6.) in Salz-gitter zur Beratung weiterer Aktivitäten

Materialliste & Adressen

Schacht Konrad:

- Leitfaden: Zum Abfassen von Einzelseinwendungen und als Hintergrund für Sammeleinwendungen mit formalen Bedingungen der Einwendungen und möglichen Argumenten; 15 Seiten; Preis: 1 DM
- Buch: "Atommüllendlager Schacht Konrad": Artikel verschiedener Autoren zu allen Aspekten rund um Schacht Konrad; 2. erweiterte Auflage, 1989, 170 Seiten; Sonderpreis: 12 DM

Morsleben:

- Info-Mappe: Die wichtigsten Informationen und Presseartikel, zusammengestellt von der AG Schacht Konrad; ca. 40 Seiten; Preis: 4 DM
- "Schwachstellenanalyse" der Gruppe Ökologie Hannover, Februar 1991, ca. 110 Seiten; Preis: 12 DM

Asse II

- Info-Mappe: Die wichtigsten Informationen und Presseartikel, zusammengestellt von der Aktion Atommüllfreie Asse, ca. 15 Seiten; Preis: 1 DM

"Entsorgung"

- Sorgenbericht: Grundsätzliche und standortbezogene Kritik an den Anlagen und Projekten zur "Entsorgung", September 1990, 94 Seiten; Preis: 12 DM

Spenden

zur Finanzierung dieser Zeitung und der weiteren Arbeit gegen ein Atommüllendlager Schacht Konrad werden dringend benötigt: Bitte überweisen Sie diesen Betrag auf eines unserer Konten:
Nr. 3787 52-308, PGiroA Hannover (BLZ 250 100 30)
Nr. 93 44 250 NORD/LB Wolfenbüttel (BLZ 270 500 00)
Spenden an die AG schacht Konrad sind steuerlich absetzbar; eine Spendenquittung wird Ende d.J. zugesandt

Umweltschutzforum Schacht Konrad e.V., Büro: Hauptstr. 51, 3320 Salzgitter-Üfingen, Tel: 05300/6979

Arbeitskreis Umweltschutz Lengede, Kontakt: Manfred Herzig, Tel: 05344/1895

Initiative Vechelder gegen Schacht Konrad, Anti-Konrad-Laden, Hildesheimer Str. 10 (Mi+Do 17-19, Fr+Sa 9.30-11.30) Kontakt: Jürgen Tüpkner, Albert-Schweitzer-Str. 6, 3303 Vechelde, Tel: 05302/5617

Vallstedter gegen Schacht Konrad e.V., Kontakt: Helmut Kahle, Unter der Maate 11, 3303 Vallstedt, Tel: 05300/1580

Sickter Bürger gegen Atomanlagen, Kontakt: Ulrich Kreutzberg, Neue Str. 32, 3305 Vellheim, Tel: 05305/1780

Einfacher leben - im Frieden leben, Friedensgruppe in der Magnikirche, Kontakt: Marlis Fay-Rautenberg, Tel: 0531/46804

Aktion Atommüllfreie Asse, Kontakt: Margret Töpfer, Alter Weg 10A, 3340 Wolfenbüttel, Tel: 05331/78440

Initiative gegen das Atommüllager Morsleben, Kontakt: Dorothea Janzen-Pöhlmann, Birkenweg 3, 3330 Helmstedt, Tel: 05351/4872 und Wolfram Steinacker, Alter Markt 11, 0-3241 Bebertal, Tel: 0037-933/8402

Impressum

Schacht KONRAD - Zeitung zur bundesweiten Auslegungskampagne
Hrsg: AG Schacht Konrad e.V., Bleckenstedterstr. 24, 3320 Salzgitter-Bleckenstedt, Tel: 05341/67492 (Mo-Fr 14-18 Uhr); Telefax: 0531/895610
Redaktion: Marlis Fay-Rautenberg (mfr); Doris Kohnke (dk); Uli Kreutzberg (ulk); Claus Schröder (cs)
Fotos: Markus Bydolek, Reinhard Hübener, privat
Comic: Sebastian Schollmeyer
Satz: Stadtzeitung Braunschweig
Repros: Cicero, Braunschweig
Druck: Oppermann, Rodenberg
Auflage: 120.000